Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Wenn die Unfairen die Unfairness beklagen
2. Von Knarren & Karren
3. Realismus ist nicht das Gegenteil von Friedenspolitik – eine Replik auf die Kritik am SPD-Manifest
4. Drohnenkrieg: Alle sind gleich, Drohnenopfer sind gleicher
5. Krieg in Gaza: Mörderische Staatsräson
6. Die Geschichten von russischen «Kinderräubern».
7. Unternehmen jubeln – und die Kommunen zahlen den Preis
8. Statistisches Bundesamt: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern – oder die Rezession, die keine sein durfte
9. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche: Im Klassenkampfmodus
10. Über 400 Milliarden Euro für deutsche Rentner – Altersarmut nimmt trotzdem zu

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Wenn die Unfairen die Unfairness beklagen**
   Nun klagen sie alle. Europa sei bei dem „Deal“ mit den USA über den Tisch gezogen und unfair behandelt worden. Die USA nähmen keine Rücksicht auf niemanden. Die europäische Kommission habe sich blamiert. Europa hätte Stärke zeigen und mit Handelsbeschränkungen antworten müssen usw. usw.

Der deutsche Bundeskanzler weiß auf einmal sogar, dass die Zölle und der schwache US-Dollar die deutsche Wirtschaft massiv schädigen werden. Fünfzehn Prozent höhere Zölle und 15 Prozent Abwertung der Dollar (seit Beginn dieses Jahres) sind in der Tat für die meisten deutschen Unternehmen nicht ohne Verlust von Marktanteilen in den USA zu verkraften. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird, mit enormen Folgen für die Wirtschaftspolitik (wie hier gezeigt), deutlich sinken.
Der französische Premierminister sprach gar von Unterwerfung und von einem schwarzen Tag für Europa. Wenn es doch nur so einfach wäre.
Quelle: Relevante Ökonomik

dazu: **Drei (schlechte) Gründe für die Kapitulation vor Trump**
Warum hat die EU vor US-Präsident Trump kapituliert und einen einseitigen und inkonsistenten Handels-Deal geschlossen?
Halten wir erst einmal fest, dass sich dieses Ergebnis lange abgezeichnet hat. Es ist alles andere als eine Überraschung – auch wenn die Mainstream-Medien einen anderen Eindruck erwecken.
Schon als EU-Kommissionschefin von der Leyen die bereits beschlossenen europäischen Gegenmaßnahmen zu Trumps Stahlzöllen sang-und klanglos abgeblasen hat, war klar, dass sie nicht kämpfen wollte.
Quelle: Lost in Europe

dazu auch: **750 MILLIARDEN für US-Drecksfrackinggas**
600 MILLIARDEN für Drecksinvestitionen (in den USA)
1000 MILLIARDEN („a vast amount of american Military Equipment“) für Drecksmilitärschrott –
D. Trump hat heute Nachmittag in Schottland zwischen zwei befriedigenden Partien Golf mit U. vonderLeyen den Fußboden aufgewischt.
Ach so, 15% Zoll auf alles gibt‘s auch noch.
(Gegenzoll: null.)
„Bedingungslose Kapitulation! Ein Vertrag, wie ihn die Europäischen Mächte China im 19. Jahrhundert aufzwangen.“ (Libération)
Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X

und: **EU beschließt Selbstzerstörung: Durch Sanktionen und US-Unterwerfung**
Quelle: NachDenkSeiten

2. **Von Knarren & Karren**
   Der EU ist es dank vonderLeyen gelungen, die Kriegs-, Wiederaufbau- & Unterhaltslast für die Ukraine in Gänze auf sich zu nehmen, nie dagewesene

Vermögenstransfers in die USA festzuschreiben, den US-Wirtschaftaufschwung durch eigene Verschuldung voranzutreiben, die Existenzgrundlagen der europäischen Wirtschaft, des Außenhandels & des Sozialstaatsmodells zu sabotieren, die Basis für (weitere) Wirtschaftsabwanderung und Deindustrialisierung, weitere Arbeitsplatzverluste, weitere Inflation & weitere Verarmung in der EU zu legen, die mit den WTO-Regeln verbundenen Ordnungsprinzipien internationalen Handels zugunsten Trumpscher Wildwestregularien zu zertrümmern, sich auf der ganzen Welt lächerlich zu machen, ihre Beziehungen zu alternativen Wirtschaftsakteuren zu ruinieren, ihre internationale Isolation zu perfektionieren – und ihre Abhängigkeit von dem einzigen Akteur, der überhaupt noch etwas mit ihr anfangen kann, schamlos ins offen Sklavische zu treiben, was, wie wir anmerken müssen, das genaue GEGENTEIL jener „strategischen Autonomie“ & „Diversifizierung“ ist, die die Kommission ausweislich ihrer eigenen, seit Jahren ausgeschütteten Wortmeldungen angestrebt hat.
Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X

Anmerkung Tobias Riegel: *Sonneborn bringt es auf den Punkt. Lesen Sie dazu auch die Artikel EU beschließt Selbstzerstörung: Durch Sanktionen und US-Unterwerfung und An das EU-Parlament und die Nationalstaaten: Bitte stoppen Sie noch den zerstörerischen EU-Deal mit den USA.*

3. **Realismus ist nicht das Gegenteil von Friedenspolitik – eine Replik auf die Kritik am SPD-Manifest**
   Die Kritik von Militär Klaus Wittmann am SPD-Manifest ruft einen Unterzeichner auf den Plan. Wer Frieden will, so sein Konter, müsse über Waffen hinausdenken.
   Wer eine verantwortungsbewusste Außen- und Sicherheitspolitik fordert, darf nicht nur in Kategorien militärischer Stärke denken. Der Angriff von Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann auf das „Manifest zur Friedenssicherung“ verkennt zentrale Prämissen moderner Sicherheitspolitik und unterstellt den Unterzeichnenden unbegründete Behauptungen. Diese Erwiderung richtet sich gegen die pauschale Abwertung eines legitimen Debattenbeitrags innerhalb der SPD – und plädiert für eine sicherheitspolitische Orientierung mit Augenmaß, strategischem Denken und demokratischer Kontrolle.
   Quelle: Arno Gottschalk in der Berliner Zeitung
4. **Drohnenkrieg: Alle sind gleich, Drohnenopfer sind gleicher**
   Bis heute ist unklar, wie viele Menschen in Afghanistan tatsächlich durch Drohneneinsätze getötet wurden. Was klar ist: Es gibt deutsche Mithilfe.
   Es war am Abend des 29. August 2012 als eine amerikanische Predator-Drohne über das jemenitische Dorf Khashamir flog. Mindestens zwei Hellfire-Raketen wurden

abgeschossen und trafen Salim bin Ali Jaber und dessen Sohn Waleed Abdullah. Das "Feuer der Hölle", nachdem die Raketen zynischerweise benannt wurden, löschte die beiden Menschenleben sofort aus. Wie nach vielen Drohnenangriffen blieb nicht viel von ihren Körpern übrig. Wie gewohnt, sprach die US-Regierung von "mutmaßlichen Terroristen", die "erfolgreich" und "gezielt" getötet wurden.
Quelle: Overton Magazin

5. **Krieg in Gaza: Mörderische Staatsräson**
Gaza: Hungertote infolge der israelischen Blockade. Bundesregierung weiterhin an der Seite Israels gegen Anerkennung eines palästinensischen Staates
»Ich habe mich noch nie so erschüttert gefühlt. Kinder verhungern. Sie sinken herab, eines nach dem anderen, wie Blütenblätter einer sterbenden Blume«, schrieb Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, in der Nacht zum Freitag auf X. Innerhalb von 24 Stunden verhungerten im Gazastreifen neun weitere Menschen. Damit stieg die Zahl der Toten durch Hunger oder Mangelernährung infolge der israelischen Blockade bis Freitag auf 122, darunter 83 Kinder. Fast ein Viertel der über zwei Millionen Bewohner Gazas leidet nach Angaben des UN-Welternährungsprogramms unter hungerähnlichen Bedingungen, Tausende sind akut unterernährt.
Quelle: junge Welt

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Ich sitze hier, muss hilflos zusehen, und mir kommen die Tränen ob der sadistischen Kriegsführung Israels. Dann lese ich noch in vielen Kommentaren, dass das die Schuld der Hamas sei, oder auch, dass die Terroristen alle getötet werden müssen, und mehr Menschenunwürdiges. Auch wenn Merz da keine Parallelen zum Ukraine-Krieg sieht, dieser Hass, der auch gegen die Palästinenser aufgebaut wurde, ist unbeschreiblich. Nein, mit Verteidigung hat das alles nichts mehr zu tun.*

dazu: **Israels Kriegsverbrechen in Gaza: Die Banalität des deutschen Nichtstuns**
Selbst der Bundeskanzler sagt inzwischen, Israels Vorgehen in Gaza sei inakzeptabel. Warum sich der deutsche Israelkurs trotzdem nicht ändert.
Alle sehen es, wissen es, die meisten sagen es sogar offen: Israels Vorgehen in Gaza – das Aushungern, das Töten, die schrittweise Umsetzung des Plans zur Zwangsumsiedlung – ist nicht zu rechtfertigen.
Unter denjenigen, die das schon lange so sehen, gab es einmal diese Hoffnung: Wenn nur genug Menschen in diesem Land verstehen würden, was in Gaza passiert – dass es Israel nicht primär um Verteidigung, sondern um Vernichtung geht – dann müsste sich

selbst Deutschland mit allen Mitteln gegen die israelischen Verbrechen stellen.
Jetzt sind wir – weit über 60.000 Tote zu spät – an diesem Punkt angekommen. 80 Prozent der Bevölkerung halten Israels Kriegsführung für falsch. Selbst der Kanzler nennt sie inzwischen „inakzeptabel“. Und steht zunehmend unter Druck, mehr zu tun, als Israel mit „großem Nachdruck“ aufzufordern, sich bitte anders zu verhalten.
Quelle: taz

dazu auch: **“Diese Luftbrücke ist sinnlos”**
Eine Luftbrücke in den Gazastreifen ist nicht nur sinnlose Geldverschwendung, sondern sogar kontraproduktiv, meint Ralf Südhoff, Experte für humanitäre Hilfe. Stattdessen solle Deutschland politischen Druck auf Israel ausüben. […]
Ich würde sogar noch weitergehen. Ich glaube, diese Luftbrücke ist sinnlos. Es ist Geldverschwendung. Sie schadet sogar der eigentlich wirksameren Hilfe, die möglich wäre. Und es ist wirkt auch wie eine Symbolpolitik, um etwas zu tun, was gut sichtbar ist, während man viel wirksamer auf dem Landweg helfen kann.
Ich selbst war vor einigen Jahren für das Welternährungsprogramm der UN, das WFP, in Jordanien stationiert. Normalerweise ist es zuständig für Luftbrücken. Hier gilt die goldene Regel, dass man eine Luftbrücke einsetzt, wenn es keinen anderen Weg gibt, um ein Krisengebiet zu erreichen. Das ist hier in keiner Weise der Fall.
Quelle: tagesschau

und: **Ärzte in Gaza werden durch Hungerkrise „selbst zu schwach, um Patienten zu versorgen“**
In Gaza warnen Ärzte und medizinisches Personal, dass sie aufgrund ihres zunehmenden Hungers zu schwach werden, um Patienten in den überfüllten Krankenhäusern zu versorgen. Fast ein Dutzend medizinische Mitarbeiter aus dem gesamten Gebiet haben gegenüber der britischen Zeitung The Guardian und den Arabic Reporters for Investigative Journalism (ARIJ) von ihrer zunehmend verzweifelten Suche nach Nahrung und ihrer sich aufgrund des Hungers verschlechternden körperlichen Gesundheit berichtet.
„Sie sind extrem erschöpft. Einige sind im Operationssaal ohnmächtig geworden“, sagte Dr. Mohammed Abu Selmia, Direktor des Al-Shifa-Krankenhauses in Gaza-Stadt. Er berichtet, dass das Personal ebenso wie die Bevölkerung von Gaza in den letzten 48 Stunden keine Hilfe erhalten und keine Mahlzeiten bekommen habe. „Die medizinische Versorgung wird beeinträchtigt sein, weil unser Personal angesichts dieser Hungersnot nicht mehr durchhalten kann“, fügte er hinzu.
Quelle: der Freitag

6. **Die Geschichten von russischen «Kinderräubern».**

Die USA haben in allen Kriegen von Vietnam bis Afghanistan Tausende von Kindern evakuiert und dies als humanitäre Mission deklariert. Wenn Russland Waisen aus den Kampfgebieten in der Ukraine bringt, stellt ein überwältigender westlicher Propaganda-Apparat dies als Kindsraub und Verbrechen dar. (…)
Ich weiss nicht, wie viele Kinder die USA in all ihren Kriegen verfrachtet haben: aus Lateinamerika, Asien und Afrika, vom Balkan, aus dem Irak, aus Libyen oder Syrien. Allein im Vietnam-Krieg waren es laut Medienberichten mehr als 50’000, und dort, wie auch in anderen Fällen, waren viele fromme und weniger fromme christliche Hilfswerke beteiligt. Keine Journalistin, kein Journalist einer großen westlichen Zeitung kam bei all diesen Transporten auf die Idee, von «Kinderraub» oder «Deportationen» zu reden. Ganz im Gegenteil. Schutz der Schutzlosen war immer Gebot des humanitären Völkerrechts. Die Genfer Konventionen regeln den Schutz von Zivilpersonen, also auch von Kindern, im Krieg.
Das gilt aber nicht für Russland.
Quelle: Globalbridge

7. **Unternehmen jubeln – und die Kommunen zahlen den Preis**
Der Investitionsbooster bedeutet eine milliardenschwere Entlastung für Unternehmen und reißt Löcher in die Haushalte der Kommunen. Nahverkehr, Jugendhilfe und anderen sozialen Angeboten droht die nächste Sparrunde. […]
Gerade Länder und Kommunen werden die Steuerausfälle durch den Investitionsbooster zu spüren bekommen. Entsprechend hagelte es Kritik an den teuren Steuerrabatten für Unternehmen. Der Bund hat Kommunen daraufhin zugesichert, die Mindereinnahmen befristet bis 2029 aus Bundesmitteln auszugleichen. Auch den Ländern ist für den Zeitraum von 2026 bis 2029 im Gegenzug ein Investitionspaket von zusätzlichen 8 Milliarden versprochen worden. Dadurch hat sich die Regierung Merz die Zustimmung der Landesregierungen erkauft. Auch dieses Geld wird wiederum im Bundeshaushalt an anderer Stelle fehlen. Ab 2029 bleiben Länder und Kommunen auf den Steuerausfällen für die Geschenke an das Kapital sitzen.
Quelle: Jacobin

dazu auch: **Haushaltsausschuss gibt Geld frei: Frisches Geld gegen den Sanierungs-Stillstand**
500 Milliarden Euro will die Bundesregierung für die Infrastruktur ausgeben. Doch noch ist das Sondervermögen nicht freigegeben. Weil Tausende Brücken und Tunnel in Deutschland aber dringend saniert werden müssen, gibt es jetzt eine Art Vorschuss. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat Geld für die Brückensanierungen in Deutschland freigeben: Die bundeseigene Autobahn GmbH bekommt 1,1 Milliarden

Euro, um weiter Sanierungen in Auftrag geben zu können. Mitte Juli musste sie einen Ausschreibungsstopp verhängen, weil das Geld fehlte.
Quelle: tagesschau

8. **Statistisches Bundesamt: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern – oder die Rezession, die keine sein durfte**
Haben Sie es auch gelesen oder gehört? Das Statistische Bundesamt hat gestern verkündet, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal dieses Jahres um 0,1 Prozent gesunken ist. Vergessen Sie es wieder! Wenn Sie auch nur eine Sekunde über diese Zahl nachdenken, haben Sie schon Ihre Zeit verschwendet. Neben der Bekanntgabe der Zahl für das zweite Quartal hat das Bundesamt nämlich verkündet, dass alle Zahlen bis 2022 rückwärts massiv korrigiert worden sind. Alles war in den letzten drei Jahren gesagt und geschrieben wurde, war Schall und Rauch. Wenn sie bisher glaubten, sie wüssten, was in Deutschland in den vergangenen Jahren geschehen ist, müssen Sie sich korrigieren. Sie wissen es nicht, weil das Bundesamt gestern die wirtschaftliche Welt einfach auf den Kopf gestellt hat. Dass es das ohne jede Entschuldigung und ohne jede Erklärung getan hat, zeigt, dass hier, in einer von der Regierung direkt abhängigen Bürokratie, der Wurm sitzt, aber ein riesengroßer.
Quelle: Relevante Ökonomik

dazu: **Revidierte BIP-Daten Rezession schwerer als bislang angenommen**
Das BIP ist in den vergangenen beiden Jahren stärker geschrumpft als gedacht. Im Zuge der Schätzung für das zweite Quartal hat das Statistische Bundesamt seine Daten seit 2021 revidiert – mit Folgen.
Die Rezession in Deutschland ist in den vergangenen beiden Jahren deutlich stärker ausgefallen als bislang angenommen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2023 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent gesunken, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) zu seinen revidierten Daten mitteilte. Bislang war nur von einem Minus von 0,3 Prozent die Rede. 2024 schrumpfte Europas größte Volkswirtschaft ebenfalls stärker als bislang angenommen, und zwar um 0,5 und nicht um 0,2 Prozent.
Quelle: tagesschau

9. **Wirtschaftsministerin Katherina Reiche: Im Klassenkampfmodus**
Wirtschaftsministerin Katherina Reiche erscheint schon nach kurzer Amtszeit als Fehlbesetzung. Sie bringt selbst die eigenen Reihen gegen sich auf. […]
Jetzt hat sie einen Generalangriff auf die Lebens- und Jahresarbeitszeiten in Deutschland gestartet. Denn die Beschäftigten arbeiteten ihrer Meinung nach zu wenig. Reiche funktioniert ihr Haus zum Kultur- und Klassenkampfministerium um. Damit hat sie die Rolle der Störgeräuschproduzentin in der Regierung übernommen,

die früher FDP-Mann Christian Lindner innehatte. Der Unterschied: Lindner konnte nur blockieren, Reiche kann viel zerstören.
Quelle: taz

dazu: **Reiche: "Wir müssen mehr und länger arbeiten"**
Die Deutschen müssen nach Einschätzung von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) länger und mehr arbeiten.
"Der demografische Wandel und die weiter steigende Lebenserwartung machen es unumgänglich: Die Lebensarbeitszeit muss steigen", sagte die Politikerin der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". (…)
"Es kann jedenfalls auf Dauer nicht gut gehen, dass wir nur zwei Drittel unseres Erwachsenenlebens arbeiten und ein Drittel in Rente verbringen", sagte Reiche. Viele würden sich der demographischen Realität verweigern. (…)
Es gebe viele Beschäftigte in körperlich anstrengenden Berufen. Es gebe aber auch viele, die länger arbeiten wollten und könnten.
Quelle: ZDF

Anmerkung Christian Reimann: *Die Ministerin ist sehr unkonkret. Vielleicht sollte die Merz-Regierung endlich mal anfangen, vernünftig und zum Wohle der Gesellschaft zu arbeiten – dann gerne auch „mehr und länger".*

dazu auch: **"Fehlbesetzung" – Scharfe Kritik an Reiche**
Scharfe Kritik an ihren Aussagen kommt nun vom CDU-Sozialflügel. CDA-Bundesvize Christian Bäumler sieht Reiche als Fremdkörper in der Bundesregierung. Ihre Forderungen hätten keine Grundlage im Koalitionsvertrag. "Wer als Wirtschaftsministerin nicht realisiert, dass Deutschland eine hohe Teilzeitquote und damit eine niedrige durchschnittliche Jahresarbeitszeit hat, ist eine Fehlbesetzung", sagte er.
Quelle: t-online

10. **Über 400 Milliarden Euro für deutsche Rentner – Altersarmut nimmt trotzdem zu**
Obwohl die Regierung immer mehr Geld in die Rentenkasse pumpen muss, leiden trotzdem immer mehr Menschen an Altersarmut. Das Rentensystem braucht dringend grundlegende Reformen. So haben die Ausgaben für die gesetzliche Rentenversicherung 2024 wieder einmal den größten Kostenblock unter den Sozialleistungen in Deutschland ausgemacht.
Quelle: Merkur.de

dazu: **Goldener Ruhestand: DARUM kassieren Politiker 10.000+ Euro Rente**
Die Zahlen lassen aufhorchen: Während die durchschnittliche gesetzliche Rente in Deutschland bei etwa 1.200 Euro liegt, streichen ehemalige Spitzenpolitiker monatlich Pensionen von über 10.000 Euro ein. Altkanzlerin Angela Merkel erhält laut „Merkur“ sogar rund 15.000 Euro monatlich.
Doch wie kommt es zu diesen astronomischen Unterschieden? Und warum zahlen Volksvertreter nicht in dasselbe System ein wie der Rest der Bevölkerung? (…)
Im Gegensatz zu normalen Arbeitnehmern zahlen Bundestagsabgeordnete und Minister nicht in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Stattdessen existiert ein separates Versorgungssystem, das deutlich großzügigere Leistungen vorsieht.
Quelle: Business Punk

dazu auch: **Sollten die Beitragsgrenzen für Renten- und Krankenversicherung abgeschafft werden?**
Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland geraten zunehmend unter Druck. Der demografische Wandel, steigende Kosten im Gesundheitswesen und eine sich verändernde Arbeitswelt stellen besonders die Rentenversicherung und die gesetzliche Krankenversicherung vor große Herausforderungen. Das beschäftigt auch unseren Hörer Kurt Löhnicker aus Leipzig. Er fragt, warum man nicht einfach die Beitragsbemessungsgrenzen nach oben öffnet. So könnte seiner Ansicht nach mehr Geld in die Kassen kommen.
Quelle: mdr

und: **Fast sieben Millionen Rentner müssen Steuern zahlen**
Weniger als ein Drittel der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland müssen Steuern zahlen. Dies geht aus neuen Zahlen des Bundesfinanzministeriums hervor, wie das Ministerium auf Anfrage von ihre-vorsorge.de mitteilte. Demnach zählte das Ministerium von den mehr als 21 Millionen Rentenempfängern 2025 voraussichtlich etwa 6,7 Millionen Menschen zur Kategorie „Steuerpflichtige mit Renteneinkünften“. Wie das Ministerium weiter mitteilte, müssen rund 131.000 Rentnerinnen und Rentner 2025 „keine Steuern mehr zahlen“. Sie profitieren nach Angaben des Ministeriums von der Erhöhung des Grundfreibetrags. Zugleich kämen aber 115.000 Rentnerinnen und Rentner neu als Steuerpflichtige hinzu, weil sie von Juli an 3,74 Prozent mehr Rente erhalten. Der steuerliche Grundfreibetrag war 2025 auf 12.096 Euro erhöht worden, für Verheiratete liegt er bei 24.192 Euro. 2024 waren es noch 11.784 (Verheiratete: 23.568) Euro.
Quelle: Ihre Vorsorge